

Pressemitteilung, 17. Oktober 2005

Wir laden alle Interessierten zu einer Podiumsdiskussion in Spandau ein, bei der sicherlich kontrovers diskutiert werden wird:

Das Chipkartensystem für Flüchtlinge in Spandau - Diskriminierung von Flüchtlingen in Spandau?!

Sämtliche Fraktionen der BVV Spandau haben die Teilnahme einer Vertreterin / eines Vertreters zugesagt.

Diskriminierung von Flüchtlingen in Spandau?!

Eine Podiumsdiskussion am Mittwoch 19. Oktober 2005 um 19.00 Uhr Im Raum 'Galerie' im Kulturhaus, Mauerstr. 6, EG

Eine Veranstaltung des Migrations- und Integrationsbeirates Spandau und der Initiative gegen das Chipkartensystem.

Eingeladen haben wir VertreterInnen der BVV-Fraktionen und Gruppen, eine VertreterIn aus einem Bezirk, der die Chipkarten abgeschafft hat, eine VertreterIn einer Beratungsstelle und Flüchtlinge. Mit ihnen wollen wir das Chipkartensystem aus verschiedenen Perspektiven diskutieren.

Wie sieht die Versorgung von Flüchtlingen in Spandau aus?

Was ist die Infracard?

Welche Argumente werden für das Chipkartensystem angeführt - welche sprechen dagegen?

Warum geben nur noch 2 Bezirke die Karten aus?

Was bedeuten die Chipkarten für die Flüchtlinge?

Welche Alternativen gibt es?

Diese Einladung zum Ausdrucken oder einfacher lesen (.pdf) gibt es auch online unter:

<http://www.chipkartenini.squat.net/texte/PlakatSpandau.pdf>

Spandau ist neben Reinickendorf der einzige Bezirk in Berlin, der immer noch die Chipkarten für Flüchtlinge ausgibt. Während in allen anderen Bezirken seit wieder Bargeld ausgezahlt wird, ist Spandau eine unrühmliche Ausnahme. Wir, der Migrations- und Integrationsbeirat Spandau, und die Initiative gegen das Chipkartensystem möchten in dieser öffentlichen Diskussionsveranstaltung auch für Spandau eine menschliche Flüchtlingspolitik einfordern.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Telefonisch sind wir unter 0160-3410547, per mail unter konsumfuerfreiesfluten@yahoo.com zu erreichen.

Für die Initiative gegen das Chipkartensystem

i.A. Thomas Meyer

Zur Information, die wichtigsten Eckpunkte der Chipkarten für Flüchtlinge

- Flüchtlinge dürfen in der Bundesrepublik nicht arbeiten, so dass sie zwangsläufig auf eine staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind.
- Diese Hilfe zum Lebensunterhalt ist im Vergleich zu ‚normalen‘ Sozialhilfebezieher/innen um ca. 30% gekürzt. Im Verhältnis zu dem höheren ALG II Betrag liegt diese ‚Hilfe zum Überleben‘ um ca. 40% unter dem normalen Satz.
- Nur noch in Spandau und Reinickendorf wird diese bereits gekürzte Hilfe in Form von Sachleistungen ausgezahlt. Diese Sachleistungen sind elektronisch lesbare Chipkarten, die einmal im Monat im Sozialamt aufgeladen werden und die nur in sehr wenigen und in der Regel sehr teuren Läden wie EXTRA oder MiniMal gelten.
- Da das Land Berliner und alle Bezirke außer Spandau und Reinickendorf bereits vor mehr als einem Jahr aus diesem bevormundenden System ausgestiegen sind, reduzieren sich die vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten Monat für Monat. In Spandau gibt es nur noch einen einzigen Laden, den MiniMal in der Goltzstraße 15, insgesamt in ganz Berlin noch ganze 26 Geschäfte, davon zwei Apotheken.
- Für die Flüchtlinge, die in Spandau zum Sozialamt müssen, bedeutet dies sehr weite Wege, um ihren Einkauf durchführen zu können. Da sie in der Regel auch kein Sozialticket für die BVG besitzen, müssen sie entweder ihr ‚Taschengeld‘, das willkürlich monatlich zwischen 0 bis 40 € beträgt, aufbrauchen oder ohne Ticket fahren. Die Wege sind zu weit, um sie zu Fuß zurückzulegen.
- Die Läden sind in der Regel teurer als die Billigdiscounter, so dass sich die ausgezahlte Hilfe zum Lebensunterhalt weiter reduziert. Der kleine Laden aus den Herkunftsländern, wo es die landestypischen Speisen gibt, kann nicht benutzt werden. Unter den Läden ist keine Bäckerei für frisches Brot oder eine islamische Fleischerei.
- In den Läden gibt es immer nur eine einzige Kasse für die Chipkarten. Dies ist diskriminierend, denn es bilden sich lange Schlangen und die Flüchtlinge werden als Flüchtlinge durch die Chipkarten öffentlich als dem ‚Staat auf der Tasche liegend‘ stigmatisiert. Durch die langen Schlangen entsteht zusätzlich Frust und Ärger bei den Verkäufer/innen und den Konsument/innen, der sich an den Flüchtlingen entladen kann.
- Da mit den Chipkarten kein Wein oder Zigaretten eingekauft werden darf, müssen die Verkäufer/innen dieses Verbot durchsetzen – ob sie wollen oder nicht. Sie werden so gezwungen, ein rassistisches Instrument zur Entrechtung von hierher geflohenen Menschen durchzusetzen.
- Das Chipkartensystem ist im Vergleich zur Auszahlung von Bargeld teurer. Der Spandauer Etat wird also durch diese Entrechtungspraxis verstärkt belastet und bindet Geld, welches sinnvoller eingesetzt werden könnte. Zusätzliche Kosten entstehen durch die Prozente, die die Firma SODEXHO bekommt, die dieses System anbietet.